

KOMMUNALWAHL 2020

WAHLPROGRAMM DER PIRATENPARTEI ESSEN zur Kommunalwahl am 13. September 2020



Dieses Kommunalwahlprogramm der Piraten Essen wurde am 07.07.2020 von der Kreismitgliederversammlung Stadt Essen der Piratenpartei NRW beschlossen.

Piratenpartei Deutschland
Landesverband NRW

Selbecker Str. 22
40472 Düsseldorf

Inhaltsverzeichnis

Demokratie, Teilhabe, Transparenz.....	4
Teilhabe fördern.....	4
Wohnortnahe und barrierefreie Verwaltung & Politik.....	4
Open Data & Software.....	4
Einbindung in Entscheidungsprozesse.....	5
Jugendparlament.....	5
Flächenangebote zur Energieerzeugung.....	5
Raum für gesellschaftliche Gestaltung.....	5
Ordnung, Sicherheit, Sauberkeit.....	7
Mobilität.....	8
Umwelt, Klima und Energie.....	10
Essener Wälder.....	10
Schutzgebiete und nachhaltiges Wirtschaften.....	10
Artenvielfalt.....	10
Emissionen und Energie.....	11
Bauen und Wohnen.....	12
Bildung, Familien, junge und alte Menschen.....	13
Kindertagesstätten, Kinder- und Jugendprojekte.....	13
Schulentwicklung und Ausbau der Infrastruktur.....	13
Ausbau der Schulsozialarbeit in allen Schulformen.....	14
Digitalisierung und Medien.....	14
Lebenslanges Lernen.....	14
Alte Menschen.....	14
Miteinander.....	15
Menschen in besonderen Lagen.....	16
Kultur, Sport und Freizeit.....	17
Arbeit, Wirtschaft und Finanzen.....	18
Solide Finanzierung.....	18
Harmonisierung der Gewerbesteuer.....	18
Öffentlich-private Partnerschaften transparent machen.....	18
Regionale Grundversorgung in Bürgerhand.....	19
Arbeitslosigkeit bekämpfen.....	19
Vorbild und Verantwortung der Öffentlichen Hand.....	19
Schuldenschnitt.....	20

DEMOKRATIE, TEILHABE, TRANSPARENZ

Wir unterstützen Maßnahmen für Demokratie, Vielfalt und Toleranz und lehnen Diskriminierung ab.

TEILHABE FÖRDERN

Noch immer beteiligen sich weite Teile der Bevölkerung nicht an politischen Prozessen. Um das zu ändern, wollen wir bestehende Möglichkeiten ausbauen und verbessern sowie neue Wege etablieren. Dazu zählen Fragestunden und gut auffindbare Informationen zu allen politischen Entscheidungen sowie öffentlich zugängliche Listen mit aktuellen Vorhaben der Verwaltung – barrierefrei und maschinenlesbar. Wir bestehen darauf, dass zukünftig alle Protokolle des Rates, der Bezirksvertretungen und aller Ausschüsse spätestens eine Woche nach der Sitzung dauerhaft online veröffentlicht werden.

WOHNORTNAHE UND BARRIEREFREIE VERWALTUNG & POLITIK

Alle Verordnungen, Formulare und sonstigen Dokumente der Stadt müssen auch außerhalb der Öffnungszeiten barrierefrei verfügbar sein. Anträge und Anfragen müssen online übermittelt werden können. Wer einen Verwaltungsakt auslöst, soll online dessen Bearbeitungsstatus abfragen können. Alle Haushaltsdaten sind von der Stadtverwaltung in einer maschinenlesbaren und barrierefreien Form zur Verfügung zu stellen.

Wir treten für eine wohnortnahe Versorgung mit Bürgerdiensten ein. Wir fordern die Ergänzung der festen Bürgerämter durch flexible Komponenten wie Mobile Bürgerbüros oder Videokonferenzen mit der Verwaltung. Die Öffnungszeiten der städtischen Einrichtungen müssen an die Bedürfnisse der Einwohner*innen angepasst sein.

Um allen Menschen die unbeschränkte Wahrnehmung der elektronisch bereitgestellten Informationen und Dokumente zu ermöglichen und um somit die Teilhabe am politischen und sozialen Leben der Kommune zu fördern, sollen die städtischen Gebäude und Einrichtungen in ihrer Umgebung zeitlich unbegrenzt freies WLAN bereitstellen, auch außerhalb ihrer Öffnungszeiten. Hierbei explizit eingeschlossen sind auch die Anlagen und Fahrzeuge des ÖPNV.

OPEN DATA & SOFTWARE

Wir fordern die konsequente Nutzung von Freier Software und offenen Datenformaten in der Verwaltung, dies gilt auch für von der Stadt entwickelte Software. Ausnahmen sollen zukünftig begründet werden. Damit wird die Abhängigkeit von einzelnen Anbietern minimiert. Wir erwarten durch diese Umkehr bei der Softwarebeschaffung eine Stimulation des Arbeitsmarktes für IT-Fachkräfte in NRW. Bei der Beschaffung von Servern und Netzwerkkomponenten ist die Nutzung freier Hardware zu prüfen.

EINBINDUNG IN ENTSCHEIDUNGSPROZESSE

Wir fordern regelmäßige, gut verständliche Informationen der Verwaltung über finanziell oder städtebaulich wesentliche Vorgänge, z.B. als Beilage in der Stromabrechnung oder anderen Schreiben von der Verwaltung.

Die Piraten in Essen fordern, dass die Agenda 2030 der Vereinten Nationen insbesondere in der Stadtentwicklung konsequent umgesetzt wird. Soziale und infrastrukturelle Probleme einiger Stadtteile in Essen zeigen, dass es sinnvoll ist, wenn möglichst viele Bürger*innen durch einen lokalen Aktionsplan in die Stadtteilentwicklung einbezogen werden. Die Piraten befürworten Partizipationsformate wie das Bürgerforum "Essen ist gefragt! Wo wollen wir wohnen?" ausdrücklich und wünschen sich zukünftig auch kleinräumlichere Mitgestaltungsmöglichkeiten zur partizipativen, integrierenden und nachhaltigen Stadtplanung.

Wir setzen uns für einen Bürger*innenhaushalt ein. Bürger*innen sollen über die Verwendung eines Teils der Haushaltsmittel direkt bestimmen dürfen.

JUGENDPARLAMENT

Wir Piraten sehen große Potentiale in kommunalen Jugendparlamenten. Sie können helfen, bereits bei Jugendlichen das Verständnis von Demokratie zu fördern. Daher fordern wir die Schaffung eines Jugendparlaments, welches die Interessen der Kinder und Jugendlichen repräsentiert und über bestehende Probleme und aktuelle politische Themen beraten soll. Die Piratenpartei engagiert sich für ein kommunales Wahlrecht für alle Menschen, die das erforderliche Wahlalter von 16 Jahren erreicht haben und die sich seit mindestens fünf Jahren rechtmäßig in der Bundesrepublik aufhalten, unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit.

FLÄCHENANGEBOTE ZUR ENERGIEERZEUGUNG

Die Verwaltung der Stadt Essen soll alle geeigneten Flächen zur Pacht anbieten, die dann von Anwohner-Genossenschaften für selbstverwaltete, herkömmliche und innovative erneuerbare Energieanlagen genutzt werden dürfen. Baurechtliche Vorschriften und Bebauungspläne sollten keine Gebäudeausrichtung und Dachneigung vorschreiben, die eine zukünftige Nutzung der Dachflächen für erneuerbare Energieerzeugung behindert. Die Stadtverwaltung wird als Partner und Berater den Anwohner-Genossenschaften bei der Wirtschaftlichkeitsberechnung und in allen rechtlichen Fragen zur Seite stehen, damit optimale Erträge die Bürgerinvestitionen und damit auch die sich daraus ergebenden Gewerbesteuererinnahmen sichern.

RAUM FÜR GESELLSCHAFTLICHE GESTALTUNG

Wir sehen in Essen einen Mangel an kostenfrei zugänglichen Flächen und Räumen für politische und soziale Interaktion von Bürger/innen. Deshalb setzen wir uns für die Förderung alternativer Projekte ein und sehen die Stadt in der Pflicht, das öffentliche

Leben in der Stadt zu verbessern und die Bürger*innen dabei zu unterstützen, sich solche Freiräume selbstständig nach ihren Wünschen einzurichten.

ORDNUNG, SICHERHEIT, SAUBERKEIT

Sozialarbeit in all ihren Formen ist das wichtigste ordnungspolitische Instrument.

Wir setzen uns für die kostenlose und diskriminierungsfreie Nutzung öffentlicher Räume, Plätze und Parks ein. Jede Einschränkung dieser Freiheit bedarf des Nachweises einer konkreten Gefahr. Videoüberwachung darf ausschließlich an nachgewiesenen Kriminalitätsschwerpunkten und zeitbegrenzt eingesetzt werden.

Wir fordern auch einen weitreichenden Abbau von Videoüberwachung in öffentlichen Verkehrsmitteln. Es sollten sämtliche Videokameras in öffentlichen Verkehrsmitteln ausgeschaltet sein und nur durch Drücken eines Notfall-Knopfes aktiviert werden.

Wo Drogenkonsum zum Problem für die Konsument*innen, ihr Umfeld oder die Allgemeinheit wird, helfen Beratung, Werbeverbote, und individuelle Hilfeleistungen. Ordnungsmaßnahmen bis hin zur Strafverfolgung erschweren den Erfolg sinnvoller Maßnahmen.

Die Bekämpfung der Jugendkriminalität muss an den Ursachen ansetzen, indem die Bildungs- und Berufsperspektiven konsequent verbessert werden. Wir fordern die Ausweitung von Resozialisierungsangeboten für junge Straftäter*innen, wie zum Beispiel Patenschaften.

Die Piratenpartei Essen fordert, dass alle Notfallpläne und Katastrophenschutzpläne barrierefrei und maschinenlesbar der Öffentlichkeit regelmäßig zur Verfügung gestellt werden. Bei der Neuplanung und Überarbeitung der Pläne sollen die Einwohner*innen frühzeitig einbezogen werden.

Die Piratenpartei Essen setzt sich für eine Fortführung der Ordnungspartnerschaften zwischen der Polizei und dem Ordnungsamt ein. Den Einsatz privater Hilfskräfte und Bürgerwehren lehnen wir ab.

Wir dulden wir keinen Extremismus. Wir fordern die uneingeschränkte Solidarität für alle diejenigen ein, die sich antidemokratischer Stimmungsmache entgegen stellen. Wir setzen uns für den Bestand und den Erhalt der zentralen Werte unseres Grundgesetzes ein. Wir fordern mehr qualifiziertes Personal zur Bekämpfung von politischen Straftaten. Das Anbringen oder Verwenden von Symbolen des Nationalsozialismus darf nicht als Bagatelldelikt behandelt werden. Straftaten politischer Gewalttäter*innen müssen konsequent verfolgt werden.

Die Stadt Essen benötigt ein gut ausgebautes Netz kostenloser und gut gepflegter öffentlicher Toiletten.

MOBILITÄT

Wir wollen eine nachhaltige Mobilität. Oberstes Gebot ist daher die Vermeidung unnötiger Verkehre.

Nicht nur aus Gründen des Umwelt- und Gesundheitsschutzes ist ein höherer Anteil des Fuß- und Radverkehrs sowie von Bus und Bahn sinnvoll, auch der Flächenverbrauch durch fahrende und parkende Autos ist nicht weiter vertretbar. Wir setzen uns für eine faire Neuverteilung öffentlicher Verkehrsflächen nach Umweltfreundlichkeit und Leistungsfähigkeit aller Verkehre ein.

Attraktiv wird Gehen und Radfahren durch ein gut ausgebautes Netz sicherer, breiter und gut gepflegter Wege, frei von Barrieren und daher auch auf Kosten des Parkraums am Straßenrand. Die Piraten befürworten den Bau des Radschnellwegs RS1 und fordern den zügigen Weiterbau insbesondere im Eltingviertel. Dafür setzen wir uns ebenso ein wie für überdachte Abstellmöglichkeiten für Fahrräder und Roller sowie ausreichend Sitzgelegenheiten, vor allem für die zu Fuß Gehenden. Mobilitätsstationen verbinden unterschiedliche Verkehrsträger. An allen wichtigen Bahnknoten soll es daher Möglichkeiten zum Ausleihen von (E-)Fahrrädern und Rollern sowie preisgünstige Park-and-Ride-Stationen geben. Die Verfügbarkeit von Stellplätzen und Mietfahrzeugen soll zentral online abrufbar sein.

Das Stadtbahn- und das Bus-Netz müssen ausgeweitet und verdichtet werden – nicht nur in bereits heute bestehenden Quartieren, sondern in allen zukünftigen Quartieren, damit sich dort das private Auto gar nicht erst als hauptsächliches Transportmittel etabliert. Die bestehenden Haltestellen sind zeitnah barrierefrei umzugestalten. Ergänzend zu Bus- und Bahnlinien soll die Ruhrbahn sogenannte On-Demand-Verkehre in nachfrageschwachen Bereichen einsetzen.

Die Finanzierung des ÖPNV soll solidarisch durch eine von allen zu entrichtende Abgabe bezahlt werden, Tickets wären dann nicht mehr nötig. An den Kosten sollen auch die Unternehmen beteiligt werden, denn auch sie profitieren von ihrer Erreichbarkeit, Aufenthaltsqualität der Umgebung und einem geringeren Flächenbedarf von Radabstellanlagen gegenüber PKW-Stellplätzen. Natürlich soll es Regelungen für Härtefälle geben.

In den innenstadtnahen Bezirken soll es eine Citymaut und durchgängige Parkraumbewirtschaftung geben. Die damit generierten Einnahmen sollen insbesondere dem Fuß-, Rad- und öffentlichen Nahverkehr zu Gute kommen. Innerhalb des Innenstadt-Rings soll die Zufahrt mit Autos zukünftig nur noch für Lieferverkehre sowie zur Nutzung der dortigen Parkhäuser erlaubt sein. Ausnahmen, etwa für Handwerker*innen, Patient*innen und Anwohner*innen, sind möglich.

Der Flughafen Mülheim-Essen leistet keinen wesentlichen Beitrag zur Mobilität in Essen und soll zum Auslaufen des Nutzungsvertrages geschlossen werden.

Raum- und verkehrsplanerische Szenarien sollen für die Verwendung in Simulationsspielen zur Verfügung gestellt werden, um Anwohner*innen und interessierten Laien einen niedrigrschwelligigen Einstieg in Planungsfragen zu ermöglichen.

UMWELT, KLIMA UND ENERGIE

Die Wissenschaft ist sich in Hinblick auf den durch Menschen verursachten Klimawandel einig und wir sind dafür verantwortlich, es nicht zur Klimakatastrophe kommen zu lassen.

Die Stadt Essen muss den Ausstoß von Treibhausgasen nicht wie bisher nur durch den Wegzug energieintensiver Industrien verringern, sondern für jeden einzelnen Bereich Faktoren identifizieren, die zu einer Minderung der Belastung beitragen können. Wir fordern einen politischen Beschluss zur Reduzierung und Binden der verbleibenden Ausstoße, so dass Essen spätestens bis zum Jahr 2030 klimaneutral ist.

ESSENER WÄLDER

Wir möchten das Potential der Essener Wälder als Kohlenstoff-Senke ausbauen. Der Holzeinschlag muss auf das unvermeidbare Minimum begrenzt und zu marktüblichen Preisen verwertet werden. Die finanzielle und ökologische Bilanz der Essener Holzwirtschaft soll aktuell, transparent und maschinenlesbar zur Verfügung stehen. Die Verdichtung des Waldbodens durch schwere Fahrzeuge möchten wir einschränken. Wir regen die Erstellung eines Konzept zur Bewältigung zukünftiger Unwetterereignisse an, um die Versorgung mit dem ökologisch wertvollen Rohstoff Holz und die Einkünfte daraus für die Stadt Essen auch nach Extremereignissen langfristig zu sichern. Die Piraten befürworten regelmäßige Bürger*innen-Dialogveranstaltungen zur zukünftigen Entwicklung der Essener Wälder auf Augenhöhe unter Beteiligung der Verwaltung und externen Fachleuten.

SCHUTZGEBIETE UND NACHHALTIGES WIRTSCHAFTEN

Der Anteil der Natur- und Landschaftsschutzgebiete muss weiter steigen, die Zahl der Bäume auch in dicht bebauten Gebieten zunehmen. Insbesondere dürfen bestehende Schutzgebiete nicht zerschnitten werden. Frischluftschneisen müssen erhalten bleiben, Wasserflächen als natürliche Auffangbecken bei Unwettern und zur Kühlung der Luft angelegt werden. Dachbegrünungen und Solaranlagen sollen bei Neubauten verbindlich vorgeschrieben werden, die Stadtverwaltung geht bei ihren Gebäuden mit gutem Beispiel voran.

Wir setzen uns dafür ein, die Ansiedlung klimafreundlicher Branchen und solcher Unternehmen zu bevorzugen, die strenge Kriterien der Nachhaltigkeit beachten. Die Piratenpartei Essen fordert, Umweltauflagen für Unternehmen regelmäßiger und konsequenter zu kontrollieren. Die Ergebnisse der Kontrollen müssen barrierefrei und maschinenlesbar veröffentlicht werden.

ARTENVIELFALT

Nach den Insekten nimmt inzwischen bereits die Gesamtzahl und Artenvielfalt der Vögel dramatisch ab. Wir befürworten daher, wenn die Stadt Essen die Flächen für

Wildblumenwiesen und Nistmöglichkeiten für Wildbienen und andere Insekten auf geeigneten Flächen und Randbereichen erweitert. Wir setzen uns dafür ein, die ökologische Qualität der Bepflanzung zu verbessern, unter anderem möchten wir die Neupflanzung heimischer Arten fördern. Baumscheibenbepflanzung und ein robuster Anfahrtschutz kann hier ein wertvoller Baustein sein. Landwirt*innen sollen in Pachtverträgen mit der Kommune dazu verpflichtet werden, insektenfreundliche Blühstreifen anzulegen. Wir befürworten eine entsprechende Feldwegesatzung.

Wir möchten die Verwaltung verpflichten, alternative Methoden der Grünflächenpflege umzusetzen und das in diesem Bereich vorhandene bürgerliche Engagement weiter auszubauen. Die Stadt Essen soll solche für die Bebauung ungeeignete Flächen ausweisen, die in Blumenwiesen, Gartenprojekte oder Hochbeete verwandelt werden können. Den Menschen sollen sie Orte der Begegnung werden, für Bienen und weitere Insekten eine neue Heimat bieten. Die Stadt Essen soll noch intensiver mit dem Stadtverband Essen der Kleingärtnervereine e.V., Garteninitiativen und Imkern kooperieren.

EMISSIONEN UND ENERGIE

Wir regen die Erhebung einer zeit- und lärmabhängigen Nutzungsgebühr für den Essener Luftraum durch die Stadtverwaltung an, um das erneute Ansteigen von Flugverkehr insbesondere in den Tagesrandzeiten zu verhindern sowie Anreize zur Verminderung von Emissionen zu schaffen. Die Einnahmen sollen genutzt werden, negative Umwelteinflüsse dort zu vermindern, wo die Stadt Essen Einfluss nehmen kann.

Wir fordern die umgehende Abkehr von fossilen Energiequellen, insbesondere bei den Energieunternehmen, an denen die Stadt Essen beteiligt ist. Den Einsatz von Atom- und Fusionskraftwerken sowie jegliche Form des Fracking zur Gewinnung von fossilen Energieträgern lehnen wir ab. Dezentral betriebenen Anlagen zur Gewinnung erneuerbarer Energien auf Basis von Wind, Wasser, Sonne und Biomasse gehört die unmittelbare Zukunft. Zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit sollen vermehrt Energiespeicher eingerichtet werden. Die Piratenpartei Essen fordert, neue Stromtrassen in der Nähe bebauter Gebiete ausschließlich als Erdkabel zu genehmigen. Das Fernwärmenetz soll ausgebaut und durch ein Fernkältenetz ergänzt werden.

BAUEN UND WOHNEN

Zur Menschenwürde gehört menschenwürdiger Wohnraum. Dieser muss für jede/n in jedem Wohnquartier bezahlbar sein. Damit Menschen mit unterschiedlich hohem Einkommen einander, auch in ihrem Wohnumfeld, begegnen, ist eine soziale Durchmischung wichtig. Über das gesamte Stadtgebiet ist eine Angleichung der Lebensverhältnisse anzustreben. Die Quote für Sozialwohnungen bei Neubauprojekten soll auf mindestens 30 Prozent gesteigert werden. Falls dies etwas aufgrund der geringen Größe einer Baumaßnahme nicht möglich sein sollte, sind Ausgleichsmaßnahmen in unmittelbarer räumlicher Nähe vorzunehmen.

Die Umwidmung von Leerständen hat Vorrang vor der Erschließung von Grünflächen. Anstelle von Leerständen soll über die alternative Nutzung von Stadtimmobilien nachgedacht werden, z.B. durch sozial oder kulturell orientierte Bürgerinitiativen. Ein Ansatz kann hier eine institutionenübergreifende Nutzung unter Trägerschaft von Einzelmietern oder Trägervereinen sein. Beim Wohnungsbau hat eine verträgliche Nachverdichtung Vorrang vor weiterer Zersiedelung.

Die Piratenpartei setzt sich gegen die fortschreitende Privatisierung des öffentlichen Raums ein, öffentlich genutzte Flächen müssen in öffentlicher Hand bleiben. Partnerschaften zwischen der öffentlichen Hand und privaten Unternehmen (public-private-partnership, PPP) sind häufig verlustbehaftet und intransparent. Wir lehnen sie daher insbesondere bei der Schaffung von Einrichtungen der Bildung, Früherziehung, Gesundheitsversorgung und Pflege ab. Der Verkauf von stadteigenen Flächen soll grundsätzlich in Erbpacht erfolgen.

Das mehrheitlich städtische Wohnungsbaunternehmen Allbau muss stärker als städtisches soziales Element der Wohnraumplanung begriffen werden. Wir wollen, dass der Allbau den Wohnbestand in sozial benachteiligten Gebieten aufwertet. Dies kann durch Abriss und Wiederaufbau oder durch Renovierung geschehen. Wir sehen den Bereich um den Krupp Park als positives Beispiel der Stadtentwicklung.

BILDUNG, FAMILIEN, JUNGE UND ALTE MENSCHEN

Eine professionelle kindliche Förderung hat positive Auswirkungen auf die Entwicklung im kognitiven, sprachlichen und sozialen Bereich. Ziel einer frühen Förderung von Kindern und Jugendlichen ist die Erhöhung der Chancengerechtigkeit. Die Ausgaben für die Förderung von Kindern und Jugendlichen ist eine Investition in unsere Zukunft. Zusätzlich vermindert Förderung als präventive Maßnahme spätere Ausgaben im sozialen Bereich.

KINDERTAGESSTÄTTEN, KINDER- UND JUGENDPROJEKTE

Daher fordert die Piratenpartei Essen einen beitragsfreien Besuch von Kindertagesstätten. Wir wollen den Ausbau von Kita und U3-Plätzen weiter vorantreiben. Wo kein ortsnahe Kita-Angebot besteht, sollen private Elterninitiativen gefördert werden. Wir fordern ebenfalls eine deutliche Aufstockung der Mittel im Rahmen der Jugendhilfe und Jugendberufshilfe. Die offene Kinder- und Jugendbetreuung muss gut ausgebaut und pädagogisch qualifiziert sein. Die Piratenpartei fordert, dass unabhängige Jugendprojekte, insbesondere sich selbst verwaltende Jugendzentren, gefördert und bewahrt werden. Wann immer es sich anbietet, sollten leerstehende Gebäude der öffentlichen Hand diesem Zweck langfristig überführt werden.

SCHULENTWICKLUNG UND AUSBAU DER INFRASTRUKTUR

Wir fordern eine langfristige regionale Schulentwicklungsplanung, die sich unmittelbar an den Bedürfnissen der Schüler*innen orientiert. Es muss sichergestellt werden, dass Grundschulen in Essen fußläufig erreichbar bleiben und der Grundsatz „kurze Beine, kurze Wege“ weiterhin gilt. Außerdem fordern wir, dass alle Bildungsgänge und Schulformen in zumutbarer Entfernung angeboten werden.

Wir setzen uns für ein flächendeckendes Angebot von Schulen im Gemeinsamen Lernen und Förderschulen ein. Eltern von Kindern mit erhöhtem Förderbedarf muss es möglich sein, frei zwischen Förderschulen oder der Inklusion in einer personell auf diesen Bedarf vorbereiteten allgemeinen Schule zu wählen. Eine erfolgreiche sonderpädagogische Förderung benötigt besondere personelle und sächliche Rahmenbedingungen. Es ist dringend notwendig, dass weitere finanzielle Mittel bereitgestellt werden, damit diese Bedingungen sichergestellt sind.

Viele Schulgebäude aller Schulformen in Essen bieten keine Bedingungen für erfolgreichen und modernen Unterricht. Die finanziellen Mittel und Planungsressourcen zur Sanierung und Neubau von Schulgebäuden müssen dringend aufgestockt werden, damit die zum Teil maroden Schulgebäude zeitnah erneuert oder ersetzt werden können.

AUSBAU DER SCHULSOZIALARBEIT IN ALLEN SCHULFORMEN

Wir fordern eine gezielte Ausweitung der Schulsozialarbeit an den Inklusionsschulen (Schwerpunktschulen), Berufsschulen, Förderschulen und Schulen in Stadtteilen mit Erneuerungsbedarf. Schulsozialarbeit kann wesentlich zu einer Bildungs- und Chancengerechtigkeit beitragen, indem sie diese Aufgaben übernimmt.

DIGITALISIERUNG UND MEDIEN

Die Piratenpartei Essen setzt sich für die Umstellung auf freie Lehr- und Lernmaterialien (Stichwort: Open Educational Resources) und den Einsatz von freier Software ein.

Wir fordern eine deutliche Anhebung der Mittel für die technische Schulausstattung und die Weiterbildung der Lehrkräfte. Der freie Zugang zu technischen Lern- und Lehrmedien wie Computer, Whiteboards, Foto- und Filmausstattung und neuen Kommunikationsmedien (Internet) sichert Bildungsgerechtigkeit und verhindert informationstheoretischen Analphabetismus.

Alle Schüler*innen müssen auch außerhalb des Unterrichts auf neue Informations- und Datenverarbeitungsmedien zugreifen können. Lernen auf Distanz darf keine Frage der Bildungsherkunft oder sozialen Verhältnisse sein. Wir fordern daher Leihgeräte für Haushalte, die diese Mittel nicht bereitstellen können.

Die Piratenpartei fordert, dass Eltern Beratungsangebote erhalten, um Ihre Kinder in einem verantwortungsvollen Umgang mit Medien zu unterstützen. Jugendschutz soll nicht durch Verbote oder technische Hürden erfolgen, sondern durch das Erlangen von Kompetenz und Erfahrung.

LEBENSLANGES LERNEN

Wir unterstützen das lebenslange Lernen. Daher unterstützen wir das zunehmende Forschungs- und Lehrangebot an den bestehenden Hochschulen und die Ansiedlung weiterer akademischer Einrichtungen. Die Volkshochschule und gemeinnützige Einrichtungen der Erwachsenenbildung sind zu fördern, um ihre Angebote der Allgemeinheit preisgünstig anbieten zu können.

ALTE MENSCHEN

Wir fordern ein zukunftsfähiges Konzept, um dem demographischen Wandel gerecht zu werden und auch im Alter ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen. Hierbei wollen wir die Einwohner*innen, Vereine und Initiativen an der Erarbeitung des Konzeptes beteiligen.

Bei der Genehmigung von Neubauprojekten und der Sanierung von Bestandsobjekten soll verstärkt der Fokus auf der Schaffung von seniorengerechtem Wohnraum und alternativen – auch generationenübergreifenden – Wohnformen liegen. Für an Demenz und Alzheimer erkrankte Menschen sind genügend geeignete Betreuungsplätze bereitzuhalten. Die Umfeldplanung ist entsprechend anzupassen.

MITEINANDER

Wir wollen Initiativen und Angebote fördern, die Begegnungen aller Generationen und Kulturen zum Ziel haben, und so auch das Problem der Vereinsamung im Alter bekämpfen, etwa durch Kooperationen von Senioreneinrichtungen mit Kindertagesstätten. Das schließt insbesondere behinderte Menschen ein. Ergänzend soll den Heimbewohner*innen und Besucher*innen von Begegnungsstätten auch der freie Zugang zum digitalen Leben eine bessere Teilhabe ermöglichen.

Wir fordern die vollständige Gleichstellung aller Geschlechter in allen Bereichen des öffentlichen Lebens.

MENSCHEN IN BESONDEREN LAGEN

Alle Menschen sollen ihr Potenzial in Würde, Gleichheit und in einer gesunden Umwelt voll entfalten können.

Schon immer sind Menschen nach Essen geflüchtet. Wir sehen es als humanitäre Pflicht an, Menschen zu helfen und heißen jede/n Neu-Essener*in willkommen. Unabhängig vom Aufenthaltsstatus muss es kostenlose Sprach- und Integrationskurse geben. Wann immer möglich ist die Unterbringung in eigenen Wohnungen der in Sammelunterkünften vorzuziehen. Deren Zustand ist regelmäßig zu prüfen, die Ausstattung ist auf aktuellem Stand zu halten.

Die Hilfsangebote für wohnungslose Menschen müssen mit dem Ziel verbessert werden, dass niemand auf der Straße leben muss.

Opfer von sexueller Belästigung, Gewalt und Mobbing brauchen qualifizierte, niederschwellige Unterstützungsangebote. Bereits vorhandene Angebote sollen gefördert und weiter ausgebaut werden. Die Schaffung von neuen Angeboten soll unterstützt werden.

KULTUR, SPORT UND FREIZEIT

Kultur- und Bildungsangebote, die einer breiten Öffentlichkeit zur Verfügung stehen, tragen wesentlich zum sozialen und kulturellen Klima einer Stadt und somit zur Lebensqualität bei. Neben Angeboten der Hochkultur (Oper/Symphonie/Theater) sind auch niederschwellige, bürgernahe Angebote (z.B. Tanz-, Kunstkurse/offene kulturelle Begegnungsstätten) für eine Stadt wie Essen unverzichtbar.

Essen hat nicht zuletzt mit der Folkwang Universität der Künste ein großes Potenzial an jungen Kreativen und Künstler*innen. Wir fordern, dass die Stadt kreative Freiräume schafft, indem sie bezahlbaren Wohn- und Arbeitsraum zur Verfügung stellt (z.B. aus Leerständen) und Projekte der freien Kulturszene finanziell fördert.

Wir setzen uns dafür ein, dass freiwillige Angebote im Bereich der Bildung und der Kultur unabhängig von ihrer Größe von der Stadt gefördert werden. Wir fordern finanzielle Unterstützung für Bildungs- und Kulturangebote auch im Bereich der Erwachsenenbildung.

Schwimmbäder und Sportstätten gehören zur unverzichtbaren Infrastruktur einer Stadt und sie tragen zu Attraktivität und Lebensqualität bei. Die Piratenpartei Essen setzt sich dafür ein, dass die bestehenden Sportstätten und Schwimmbäder sukzessive neu gebaut bzw. modernisiert werden.

Vereinsarbeit ist ein wichtiger Bestandteil des gesellschaftlichen Miteinanders. Die Piraten Essen halten neben baulichen Maßnahmen eine Förderung der digitalen Infrastruktur für wesentlich, damit Vereine von Jugendlichen und jungen Familien überhaupt wahrgenommen werden und mit privatwirtschaftlichen Angeboten konkurrieren können.

ARBEIT, WIRTSCHAFT UND FINANZEN

Essen braucht zur Versorgung seiner Bewohner*innen und Gäste sowie zur eigenen Finanzierung wirtschaftlich starke Unternehmen. Die Piratenpartei Essen setzt sich dafür ein, zur Vermeidung von Abhängigkeiten zukünftig in erster Linie kleine und mittelständische Unternehmen in Essen anzusiedeln. Die bürokratischen Hürden zur Ansiedlung müssen daher auf das notwendige Minimum begrenzt und durchgängig digital gestaltet werden.

Dabei soll ein besonderes Augenmerk auf der Vereinbarkeit wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer Nachhaltigkeit liegen. Die Essener Piraten befürworten das Bilden von Clustern bestimmter Branchen, insbesondere in räumlicher Nähe zu damit in Beziehung stehenden Bildungseinrichtungen. Wir bekennen uns zur Bedeutung von Technologiezentren, Co-working Spaces und andere Formen der Zusammenarbeit und des Austausches. Der Breitbandausbau ist zu forcieren.

Das oberste Kontrollgremium aller kommunalen Unternehmen muss der Rat sein. Alle Entscheidungen, die über das operative Geschäft hinausgehen, bedürfen der Zustimmung des Rates.

SOLIDE FINANZIERUNG

Die Finanzen der Stadt Essen müssen solide und verlässlich geregelt werden. Als Instrument der mittel- und langfristigen Kommunalfinanzierung lehnen wir das "Parken" von Schulden in kurzfristigen Kassenkrediten –mit dem Risiko von steigenden Zinssätzen– genauso ab wie Geldgeschäfte, die spekulativen Charakter haben.

HARMONISIERUNG DER GEWERBESTEUER

Die Gewerbesteuer ist eine der wichtigsten Einnahmequellen der Stadt Essen. Derzeit herrschen in anderen Kommunen zum Teil deutlich niedrigere Gewerbesteuerhebesätze. Dies führt zur Abwanderung von Unternehmen und macht Steuerflucht etwa durch Briefkastenfirmen attraktiv. Allein im Jahr 2013 hatte die Stadt Essen unter anderem deswegen Mindereinnahmen in Höhe von etwa 35 Millionen Euro zu verzeichnen. Wir fordern den Oberbürgermeister mit Nachdruck dazu auf, sich für eine gesetzliche Grundlage zur Vereinheitlichung der Gewerbesteuer in ganz Deutschland einzusetzen damit der ruinöse Wettbewerb der Kommunen um die geringste Gewerbesteuer beendet wird.

ÖFFENTLICH-PRIVATE PARTNERSCHAFTEN TRANSPARENT MACHEN

Öffentlich-private Partnerschaften müssen rechtzeitig vor Vertragsabschluss offen gelegt werden. Die Bürger*innen müssen sich selbst ein Bild von den Inhalten der zu treffenden Vereinbarungen machen können. Das wesentliche Problem bei solchen Projekten sehen

wir im Ausverkauf öffentlicher Interessen zu Gunsten von privaten Großunternehmen und zur kurzfristigen Schönrechnung von Kommunalhaushalten.

REGIONALE GRUNDVERSORGUNG IN BÜRGERHAND

Wir sehen den Auftrag der kommunalen Strom-, Gas-, Wärme- und Stromversorger nicht im größtmöglichen Erfolg auf dem Markt, sondern in der lückenlosen und kostengünstigen Versorgung der Bürger*innen. Ein privater Anbieter kann diesem Ziel nicht (oder nur sehr eingeschränkt) dienen, deshalb setzen wir uns für eine vollständige Rekommunalisierung und Demokratisierung dieser Aufgabe ein. Privatisierung in der kommunalen Versorgung geht zu Lasten der einkommensschwachen Bürger*innen in der Stadt. Um einer Privatisierung entgegenzuwirken, sollen regionale Zusammenschlüsse und Kooperationen geprüft werden. Die Möglichkeit auf die Entwicklung der kommunalen Versorgungsnetze Einfluss zu nehmen, ist der Schlüssel für die Gestaltung bzw. Finanzierung der lokalen und regionalen Energiewende.

ARBEITSLOSIGKEIT BEKÄMPFEN

Wir begrüßen die Förderung von qualifizierenden Eingliederungsmaßnahmen, wie sie von der Essener Arbeit-Beschäftigungsgesellschaft mbH (EABG) geleistet wird. Oberstes Ziel muss sein, Arbeitssuchende in tariflich bezahlte Beschäftigungsverhältnisse zu bringen.

VORBILD UND VERANTWORTUNG DER ÖFFENTLICHEN HAND

Die Stadt ist eine wesentliche Arbeitgeberin für die Bürger*innen von Essen. Aufgaben der öffentlichen Daseinsfürsorge müssen von der Stadt wahrgenommen und ihre Beschäftigten fair entlohnt werden. Die Stadtverwaltung und der öffentliche Dienst müssen eine Vorbildfunktion für die Einhaltung gesellschaftlicher und arbeitsrechtlicher Standards übernehmen. Wir fordern daher:

- allen Beschäftigten von städtischen Unternehmen muss mindestens der branchenübliche Tariflohn gezahlt werden
- Tariflöhne dürfen nicht umgangen werden, indem städtische Aufgaben auf Vereine oder Tochtergesellschaften der Stadt übertragen werden
- Zeitverträge in Bereichen des Öffentlichen Dienstes sind abzuschaffen

Die Stadtverwaltung und die städtischen Betriebe sollen selbst attraktive Arbeitgeber sein, damit die Gewinnung von Mitarbeiter*innen zeitnah möglich ist. Wir sprechen uns gegen die Auslagerung von öffentlichen Aufgaben in privatwirtschaftliche Unternehmen und Servicegesellschaften aus.

Zahlungsverzüge durch eine klamme Stadt können insbesondere für Kleinunternehmer*innen existenzbedrohend werden. Durch die Stadt Essen und ihre Tochterunternehmen vergebene Aufträge an private Unternehmer*innen und Firmen sollen daher zeitnah bezahlt werden.

SCHULDENSCHNITT

Wir erwarten von der Landes- und der Bundesregierung die vollständige Übernahme aller Kosten für Leistungen, die die Stadt Essen ausschließlich als Dienstleister für Bund und Land erbringt. Eine Spitzabrechnung ist aus Gründen der Kostentransparenz der pauschalen Erhöhung der Schlüsselzuweisungen vorzuziehen. Auch erwarten wir ein vollständiges Durchreichen der Restrukturierungsmittel des Bundes durch das Land. Außerdem setzen wir uns für einen Schuldenschnitt aller Kommunen ein, um den wirtschaftlichen Handlungsspielraum zurückzugewinnen, den uns in Essen die Folgen des Strukturwandels fast vollständig genommen haben. Fördermittel sind ein willkommener Anreiz für vernünftiges wirtschaftliches Handeln, aber sie sind kein Ersatz für eine solide Ausstattung der Kommunen.